



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/258 - 6.11.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

... mit Ausnahme bestimmter Rechte	S. 1
Schwedens größter Spionageprozeß	S. 3
Kanonen und Butter - heute	S. 4
Bevin und die Monarchie in Deutschland	S. 5

## Verbleibende Generalklausel

(sp) Nachdem es selbst der Bundesregierung nicht mehr möglich ist, die deutsche Souveränität als ein auch nur denkbares Ergebnis der deutsch-alliierten Verhandlungen zu bezeichnen, ist jetzt das Wort von der Gleichberechtigung in den Vordergrund getreten. Der Bundeskanzler ließ in den letzten Wochen keine Gelegenheit ungenutzt um den Eindruck zu erwecken, daß die deutsche Gleichberechtigung die unabdingbare deutsche Minimalforderung sei, die auch erfüllt würde. In Bremen erklärte Hochkommissar McCloy: "Für die Bundesrepublik ist nun der Zeitpunkt gekommen, die Gleichberechtigung mit den anderen freien Völkern Europas zu erhalten". Realistischer als Adenauer, fügte er hinzu: -"mit Ausnahme bestimmter Rechte, die wir im Zusammenhang mit unseren in Deutschland stationierten Streitkräften und mit der exponierten Lage der Bundesrepublik und Berlins gegenüber Sowjetrußland beibehalten müssen".

Streichen wir diese Rechte von der Gleichberechtigung ab, so bleibt schon grundsätzlich nur eine Gleichberechtigung auf einzelnen Gebieten. Praktisch wird aber selbst diese noch weiter dadurch reduziert, daß die Westmächte bei den Verhandlungen mit dem Bundeskanzler auf dem grundlegenden Recht zur Wiederübernahme der vollen Regierungsgewalt "in gewissen Fällen" bestehen. Wird dieses Recht gegenwärtig aus der Generalklausel des Besatzungsstatuts hergeleitet, so soll es künftig in einer Bestimmung des

sogenannten Generalvertrages verankert werden. Zwar ist über die Formulierung dieser Bestimmung bisher noch keine Einigung erzielt worden, aber es wächst die Befürchtung, daß Dr. Adenauer, in seinem Bemühen, endlich zu einem praktischen Teilergebnis zu kommen, jener Formulierung zustimmen könnte, die von den Engländern von Anfang an vertreten wurde und die zumindest den Eindruck nur geringer Einschränkung deutscher Rechte erwecken kann.

Es ist die Formulierung, daß die Alliierten das Recht zur Wiedernübernahme der obersten Regierungsgewalt nur bei Gefährdung ihrer Truppen haben sollen. Und auch dann sollen die Bundesregierung und die westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft in "möglichst weitem Ausmaß" konsultiert werden. Gebunden an das Votum der Bundesregierung wären die Westmächte jedoch nicht. Nach dem bisherigen Stand der deutsch-alliierten Verhandlungen bliebe es ihrer Auslegung überlassen, festzustellen, wann eine Gefährdung ihrer Streitkräfte besteht. Die Engländer haben mit analogen Bestimmungen in der Vergangenheit in ihrem eigenen Herrschaftsbereich stets den gleichen Zweck erreicht, den in Deutschland bisher die Generalklausel erfüllte und darum scheinen sich jetzt auch die Franzosen und Amerikaner dem britischen Standpunkt anzuschließen.

Uns Deutschen kann aus dem gleichen Grund dieser Standpunkt nicht als ein Fortschritt erscheinen. Denn welches Ereignis könnte nicht als eine "Gefährdung der Streitkräfte" gedeutet werden? Darum ist diese Formulierung nichts anderes als eine abgewandelte Generalklausel, die von vornherein selbst ein Minimum an deutscher Gleichberechtigung ausschließt. Es ist daher unmöglich, einer entsprechenden Bestimmung des Generalvertrages zuzustimmen, wenn nicht eindeutig präzisiert worden ist, wann von der Gefährdung der Streitkräfte gesprochen werden kann. Erfolgen diese Festlegungen nicht, dann ist die Bestimmung genau so generell, wie die bisher von den Franzosen und Amerikanern vertretene Auffassung, daß neben einem Angriff von außen, auch eine "Störung der Sicherheit und Ordnung" in der Bundesrepublik den Westmächten das Recht zur Übernahme der vollen Regierungsgewalt gibt. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß es für die Bundesrepublik nicht um Bestimmungen geht, die den A n s c h e i n einer Gleichberechtigung erwecken können, sondern um die Sicherung der tatsächlichen Gleichberechtigung in zweiseitigen Verträgen.

Schwedens Kommunisten sind gefährlich

KRK. - Stockholm, Anfang November

Die schwedische Öffentlichkeit wird von einem Spionageprozeß bewegt, der an Bedeutung den Atomspionage-Prozessen in England, Kanada und den USA nicht nachsteht. Ein Marineunteroffizier namens Andersson hat durch Jahre hindurch den Beauftragten der Sowjetgesandtschaft in Stockholm umfassende Berichte geliefert über Gruppierung und Bewaffnung der schwedischen Kriegsflotte, über Befestigungsanlagen, andere Verteidigungsdetails, neue Waffen - kurz, über alles, was der Sowjetspionage überhaupt als interessant erscheinen kann. Der Unteroffizier ist mit einer Gefühlsheißigkeit zu Werke gegangen, die darauf schließen läßt, daß er von seinen Auftraggebern gründlich ausgebildet worden ist. Der Schaden ist so umfassend, daß viele Millionen Kronen erforderlich sein werden, um die durch die Spionage wertlos gewordenen Objekte und Anlagen zu erneuern oder zu verändern.

Der Spion hat nicht gegen Bezahlung gearbeitet, sondern aus "Idealismus". Er entstammt der kommunistischen Jugendbewegung, in der er den Auftrag bekam, sich just für diese Arbeit zum Vorteile des "Vaterlands der Arbeiter" vorzubereiten. Denn am besten kann sich kommunistischer "Idealismus" in schamlosem Verrat gegen das eigene Vaterland bewähren.

Dieser größte Spionagefall, dem Schweden bisher ausgesetzt war, gewinnt noch besondere Bedeutung durch die Enthüllungen der schwedischen Presse über die Schlüsselstellungen, die die Kommunisten in dem wichtigsten schwedischen Hafen nach dem Westen, nämlich in Göteborg, bezogen haben.

Damach haben die Kommunisten nach den letzten Wahlniederlagen zwar darauf verzichtet, in Göteborg großangelegte Propaganda zu entfalten, aber sie haben ihre zielbewußte Tätigkeit an gewissen Schlüsselstellen der Produktion und im Hafen umso mehr verstärkt. In einigen Unternehmungen haben sich kommunistische Funktionäre an Arbeitsplätze manövriert, von denen aus sie bei einem kriegerischen Konflikt schwere Schläge gegen die Landesverteidigung führen können. Soweit einheimische Kommunisten nicht zu haben oder erwünscht waren,

hat man verlässliche Parteifreunde aus anderen Teilen des Landes geholt. In der Werft haben die Kommunisten ihr Augenmerk auf gewisse Abteilungen gerichtet. So z.B. gibt es besonders viele Kommunisten unter den Elektrikern, die natürlich besser als andere Arbeitergruppen eine Übersicht über alle Räume und Anlagen der Schiffe bekommen können und sich im Signalsystem gut auskennen. "Die Bereitschaft in unserem einzigen Großhafen wird bei einem planmäßigen Überfall versagen, das ist die erschreckende Wahrheit" - so schreiben Dagens Nyheter, Schwedens größte Zeitung, die zudem mit Namen und anderen greifbaren Details aufwartet.

Das Tun der Kommunisten in Schweden unterscheidet sich sicherlich in nichts von der kommunistischen Verräterei in anderen Ländern. Aber die Vorfälle in Schweden sollten überall zu neuer, scharfer Wachsamkeit anspornen.

+ + +

#### Ratloser Rat der Weisen

ae. Das Unvereinbare zu vereinen suchen - das ist die etwas undankbare Aufgabe des "Rates der Weisen", der auf der Atlantik-Pakt-Konferenz in Ottawa eingesetzt wurde, um die Zusammenhänge zwischen Rüstungslast und Wirtschaftsstabilität in den westlichen Ländern zu untersuchen. Keine beneidenswerte Aufgabe. Man kann nicht gut Kanonen und Butter haben, das eine geht, zumindest in Europa, nur auf Kosten des anderen. Auf dem Papier nehmen sich die westlichen Aufrüstungspläne wunderbar aus; Divisionen reißen sich an Divisionen, Waffenlager an Waffenlager, Flugzeuggeschwader an Flugzeuggeschwader - aber da kommen nun die Wirtschaftler und bedeuten den Generalstäblern: In diesem Tempo geht es nicht, mit eurem Begehren zerschlagt ihr unsere ohnehin nicht sattelfeste Wirtschaft.

Und die "Weisen" fanden es bisher unmöglich, die Brücke zu schlagen zwischen Wollen und Wirklichkeit, zwischen Generalen und besorgten Wirtschaftlern, zwischen der Notwendigkeit, den Westen militärisch stark zu machen, ohne daß darüber die Volkswirtschaften zugrunde gehen. Der Franzose Jean Monnet, Schöpfer des Schuman-Planes, konnte bisher seinem amerikanischen Kollegen Harriman nur erklären, das beste wäre es, wenn die Amerikaner mit ihren Dollars die französische Wirtschaft weiterhin unterstützen würden. Der britische Schatzkanzler, der dritte weise Mann, wurde nicht müde, zu betonen, daß Großbritannien, so peinlich es auch sei, unter den gegenwärtigen Umständen ohne fremde Hilfe nicht mehr tun kann, als es schon tut. Und Harriman? Seine Hände sind durch den USA-Kongreß gebunden, der ein wachsames Auge auf jeden dem Ausland gespendeten Dollar hält.

Wirklich, da ist guter Rat teuer. Harriman, Monnet und der britische Schatzkanzler fanden in diesem Dilemma keine bessere Lösung, als die ganze Angelegenheit wieder ihren Regierungen zu übertragen. Diese sollen den Weg nun finden, den ihre besten Männer nicht fanden. Der Kreislauf kann von neuem beginnen ...

+ + +

Kronzeuge Bevin ?

(sp) Auch Bevin habe sich, wie erst verspätet bekanntgeworden sei, lange vor seinem Tode einmal im Sinne der bekannten Behauptung Churchills geäußert, nach den Erfahrungen von 1933 wäre es wohl das Beste gewesen, wenn Deutschland nach 1918 eine demokratische Monarchie hätte haben können, hieß es dieser Tage in der kurzen Betrachtung einer großen deutschen Zeitung zu diesem Thema. Es wurde noch hinzugefügt, es bleibe wichtig, daß einer der Männer aus der vor-dersten Reihe der britischen Arbeiterpartei den Sturz der deutschen Monarchie in Deutschland als verhängnisvoll für die deutsche Demokratie bezeichnet habe.

Nun - Bevin war gewiß kein Mann, dem sich in der Beurteilung deutscher Verhältnisse und Notwendigkeiten als besonders bewandert und klug erwiesen hatte. Das Gewicht seiner etwaigen Bemerkungen über die Wünschbarkeit einer demokratischen Monarchie in Deutschland wird dadurch nicht gerade erhöht. Was aber heißt "Demokratische Monarchie in Deutschland" ? Bevin hat offenbar an die englische Art gedacht und nicht an die formal konstitutionelle Monarchie des deutschen Kaiserreiches, die in Wirklichkeit nur eine abgeschwächte Form des absoluten Herrschaftsprinzipes war, er hat aus der englischen Geschichtserfahrung gesprochen. Dort ging diese Art der Monarchie schon im 17. Jahrhundert zu Ende. Seitdem war das Königtum in England ein echter demokratischer Bestandteil der angeschriebenen Verfassung.

Etwas Ähnliches hat es in Deutschland nie gegeben und jede Voraussetzung dafür fehlte - gerade auch nach 1918 - daß es sie geben könnte, wenn das vielleicht in den einzelnen deutschen Ländern, etwa in Preußen oder in Bayern, in verschieden starkem Masse der Fall war. In Preußen hat es den friderizianischen, in Deutschland nach der Reichsgründung den wilhelminischen Monarchismus gegeben und der kürzlich im Bundestag sichtbar gewordene Merkatz'sche Monarchismus ist eine Spielart desselben Geistes, für den Monarchie und Demokratie sich ausschließende Begriffe sind. Diese Staatsform aber vor allem mit einer angeblich im Volke verbreiteten vagen Sehnsucht nach Symbolen zu rechtfertigen, heißt die Dinge allzu oberflächlich sehen. Die Monarchie hat in Deutschland so vollkommen versagt, daß das Verlangen nach Krone und Szepter heute nur noch kurzes ammutet.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Houbau